

Honduras:

Die Legende vom Militärputsch in Honduras dient vor allem ‚Mel‘ Zelaya

Honduras, 29. Juni 2009

Bericht aus aktuellem Anlass
N° 46/09

von Christian Lüth

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Honduras' abgesetzter Präsident ‚Mel‘ Zelaya sieht sich als Opfer eines von langer Hand geplanten Militärputsches. Dabei ist es mehr als fraglich, ob der Machtwechsel in Honduras überhaupt etwas mit einem Militärputsch zu tun hat.

Opfer eines gewaltsamen Putsches?

‚Mel‘ Zelaya ist angeblich Opfer eines gewaltsamen Putsches des Militärs geworden. Das lässt Zelaya seit vergangener Sonntag aus dem Exil in Nicaragua verlauten. Dass er selbst in hohem Maß zu seiner Amtsenthebung beigetragen hat, die durch einen Parlamentsbeschluss erfolgte, verschweigt er. Es herrscht derzeit die Befürchtung, dass er versuchen wird, mit Hilfe von nicaraguanschen und im südlichen Nachbarland stationierten venezolanischen Truppen die Macht in Honduras wiederzuerlangen.

Die Fakten

Der Kongress hatte am vergangenen Sonntag, 28. Juni 2009, auf eine Serie von illegalen, nicht verfassungsgemäßen Dekreten und Beschlüssen von Zelaya reagiert. Eine Mehrheit von 124 der 128 Abgeordneten des Kongresses beschloss die sofortige Amtsenthebung Zelayas und die Ernennung des Parlamentspräsidenten Roberto Micheletti zu seinem Nachfolger. Der Kongress bezog sich in seiner Entscheidung auf eine Anklageschrift des Gene-

ralstaatsanwaltes vom 26. Juni 2009, in dem dessen Behörde Zelaya beschuldigt, 96 Gesetze missachtet und 18 Straftaten im Schutze seiner Immunität begangen zu haben. In seinem Beschluss vom vergangenen Sonntag sprach das Parlament Zelaya die Fähigkeit, das Land zu regieren, ab, weil er verschiedene Artikel der Verfassung im Laufe seiner Amtszeit verletzt, das Land gespalten und ein Klima der Gewalt provoziert habe. Vertreter aller Parteien des Landes unterstützten diesen Beschluss.

Der Schlüssel zum Verständnis dieser Parlamentsentscheidung und zum Verhalten des Militärs liegt in der Genesis des von Zelaya begangenen mehrfachen Verfassungsbruchs. Dies begann damit, dass Zelaya dem Staatshaushalt des laufenden Jahres seine Unterschrift verweigerte, um den durch die Verfassung festgelegten Wahlkalender aus den Angeln zu heben. Denn die Vorbereitung der für November 2009 terminierten Präsidentschaftswahlen hätten mit Haushaltsmitteln zu Jahresbeginn abgedeckt sein müssen. Von seinen Kritikern wird unterstellt, dass somit die Finanzierung der Wahl seines Nachfolgers verhindert werden sollte.

Spontane Proteste gegen „Mel“ Zelaya in Tegucigalpa.



Als besonders fragwürdig ist die von Zelaya vorangetriebene „Volksbefragung“ zu bewerten, die am Tage seiner Amtsenthebung stattfinden sollte. Diese hatte zum Ziel, das Volk jetzt darüber zu befragen, ob es im November parallel zur Präsidentschaftswahl in einem –wiederum nicht verfassungskonformen– Referendum über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung entscheiden wolle. Zelayas Ansinnen stellten eine Kette von Verfassungsbrüchen dar, da die Verfassungsgebende Versammlung –genauso wie die Befragung darüber– nicht in der aktuellen Verfassung vorgesehen ist. Eine Umgehung der demokratischen Institutionen des Landes wäre dadurch perfekt gewesen, zumal Zelaya niemals die im Parlament für eine Verfassungsänderung notwendige $\frac{3}{4}$ Mehrheit erhalten hätte. Kritiker sahen darin außerdem die Absicht Zelayas, die eigene Wiederwahl zu ermöglichen.

Die Situation eskalierte, als Zelaya den Streitkräften den Befehl erteilte, ihn bei seiner „Volksbefragung“ logistisch zu unterstützen, die Militärführung sich dem –gestützt auf den Antrag der Generalstaatsanwaltschaft vom 26. Juni 2009– widersetzte und Zelaya die Militärführung daraufhin absetzte, wissend, dass diese „Volksbefragung“ zuvor von der Staatsanwaltschaft in ihrem Beschluss für illegal erklärt worden war. Zelaya nahm in Kauf, dass sein Vorgehen eine Verfassungskrise heraufbeschwören würde, da die Streitkräfte in Honduras dem Präsidenten unterstehen, aber natürlich auch den Auftrag haben, die Verfassung zu schützen und keinem Befehl Folge leisten dürfen, der außerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens erteilt wird.

Die Reaktion der Streitkräfte

Ebenfalls am 26. Juni 2009 entschied der Oberste Gerichtshof über den Antrag der Generalstaatsanwaltschaft und ordnete die Beschlagnahme der Wahlzettel an. Die Streitkräfte leisteten dem Richterspruch des Obersten Gerichtshofes Folge und verweigerten dem Präsidenten die benötigte logistische Unterstützung zur Verteilung

der Wahlzettel und –urnen im ganzen Land. Zelaya entließ daraufhin kurzerhand den Verteidigungsminister und den Chef des Generalstabes, begab sich medien-trächtig in die Luftwaffenkaserne, in der die Wahlzettel beschlagnahmt wurden und bemächtigte sich derer mit dem Argument, er ließe sich „seine göttliche Gabe, mit dem Volk direkt sprechen zu können, nicht von irgendwelchen Abgeordneten verbieten.“

Die Streitkräfte hätten einschreiten und den Präsidenten samt Gefolgschaft festnehmen können, vermieden aber eine Konfrontation, gewährten stattdessen dem Präsidenten Zutritt zur Kaserne und übergaben ihm – unter Protest– die zuvor beschlagnahmten Kisten, die Zelaya unter Jubel an seine Gefolgschaft verteilte.

Dieses wurde als Verhöhnung der Justiz und der Legislative des Landes durch Zelaya empfunden. Seine Wiederwahl sei so gut wie sicher, riefen hunderte Anhänger in die Fernsehkameras vor der Kaserne. Damit sahen Justiz und das Parlament ausreichend Gründe für eine Amtsenthebung Zelayas gegeben.

Staatsstreich oder legale Amtsenthebung?

Trotz der noch zahlreichen Unbekannten in der politischen und rechtlichen Entwicklung im Fall Zelaya und der durchaus fragwürdigen Art, wie Zelaya aus dem Land geschafft wurde, ist eines klar geworden: Durch seinen provokanten, respektlosen Umgang mit den Institutionen des Rechtsstaates seines eigenen Landes, die er immer wieder verhöhnt und mit Füßen getreten hat, trägt Zelaya ein hohes Maß an Mitschuld an seiner Entmachtung.

Auf einer Konferenz im benachbarten Nicaragua drohte Hugo Chávez heute lautstark: „Wir werden Micheletti stürzen! Nichts wird uns aufhalten!“. In Honduras wird derzeit eine militärische Intervention aus dem benachbarten Nicaragua nicht mehr ausgeschlossen, die Situation bleibt angespannt, unübersichtlich und offen.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam